



Regierungsratsbeschluss vom 02. Juli 2024

Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)»; Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit gemäss § 15 Finanzhaushaltsgesetz

P240962

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Am 14. Juni 2023 hat der Grosse Rat die Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend «Ausgliederung der Kriminalpolizei aus der Staatsanwaltschaft» dem Regierungsrat zur Erfüllung überwiesen. Beide Organisationen müssen entsprechend weiterentwickelt, Prozesse und Abläufe neu aufgesetzt und entsprechende Ressourcenallokationen angepasst werden. In einer Initialisierungsphase wird eine umfassende Analyse erstellt, auf deren Grundlage die Kriminalpolizei aus der Staatsanwaltschaft herausgelöst und in die Kantonspolizei integriert werden soll. Da zum Zeitpunkt der Überweisung der Motion eine ordentliche Eingabe für das Budget 2024 nicht mehr möglich war, werden die finanziellen Mittel für die Initialisierungsphase im laufenden Jahr in Höhe von 540'000 Franken per Nachtragskredit beantragt. Zudem wird eine Ausgabenbewilligung in Höhe 1'130'000 Franken für die Phasen bis Ende 2025 beim Grossen Rat beantragt.

